

Handelsstreit mit China

Bekommt Brüssel den Kill Switch?

Am Donnerstag und Freitag treffen sich die Staats- und Regierungschefs in Brüssel. Wichtiges Thema beim Europäischen Rat: Maßnahmen im Handelsstreit mit China. Berlin und Paris wollen die EU-Kommission nun mit der schärfsten Waffe ausrüsten.



Christian Schlesiger

▶ Artikel hören



6 min.

Gestern



© Imago

Es ist wie beim Schach. Zug für Zug – so lassen sich die Überlegungen beschreiben, die bei dem Treffen der Staats- und Regierungschefs in Brüssel am Donnerstag eine Rolle spielen.

Auf Geheiß von Deutschland und Frankreich wird der Europäische Rat wohl die maximale Eskalation im Handelssystem mit China durchspielen.

Für den Fall, dass Peking auf handelspolitische Schutzmaßnahmen der EU mit Gegenmaßnahmen wie dem Exportstopp von kritischen Rohstoffen reagiert, soll die Kommission ermächtigt werden, chinesische Unternehmen im Eilverfahren vom europäischen Binnenmarkt auszuschließen.

Der Kill-Switch-Moment wäre die radikalste Form der Gegenwehr. Selbst wenn China offiziell nicht genannt wird: Berlin und Paris – die Antreiber der Idee – wollen genau das.



Kanzler Friedrich Merz, 14.10.2026 © dpa

Am Mittwoch sagte Kanzler **Friedrich Merz** in seiner Regierungserklärung im Bundestag: Wer den Handelskonflikt suche, der „wird erfahren, dass wir uns jetzt zur Wehr setzen, und zwar mit angemessenen Reaktionen“.

Damit steht am Donnerstag und Freitag nicht weniger als eine Zeitenwende in Brüssel an. Zumindest wird darüber diskutiert. Politikexperten sprechen von einem „Zweitschlaginstrument“ der EU.

Die deutsche Position hat sich um 180 Grad gedreht. China galt zwar schon länger als Kooperationspartner, wirtschaftlicher Wettbewerber – und systemischer Rivale. Berlin betonte aber vor allem die Rolle als wertvoller Handelspartner.

Das politische Momentum hat sich nun gedreht.

Im Juli sprach **Friedrich Merz** erstmals davon, dass die EU gegen einen Wettbewerber, der seine Währung künstlich manipuliert, nicht gewinnen könne. Der Yuan sei „seit Jahren“ um 25 Prozent unterbewertet, man brauche einen politischen Währungsdialog, so der Kanzler.

Mitte Juli sprach Merz beim Deutsch-Französischen Ministerrat erneut von einer „drastisch unterbewerteten“ Währung sowie „hochsubventionierten Überkapazitäten“.

Seitdem gehen Merz und **Emmanuel Macron** Hand in Hand gegen Chinas Handelspolitik vor.

Der Strategieschwenk wird auch von Wirtschaftsministerin **Katherina Reiche** getragen – mehr oder weniger offensiv. Lange Zeit verteidigte sie die freien Märkte. Auf dem Arbeitgebertag vor wenigen Tagen sprach sie nun von „positiver Regulierung“.

Auf der Klausurtagung am vergangenen Wochenende kam die CDU in ihrem Papier zu dem Ergebnis:

“ **Den unfairen Wettbewerb mit billigen E-Autos aus dem außereuropäischen Ausland werden wir bekämpfen.**

Das Handelsdefizit der EU im China-Handel lag 2025 bei 360 Milliarden Euro. Im ersten Halbjahr 2026 schnellte es bereits auf 200 Milliarden Euro hoch.

Brüssel hat bereits erste Verhandlungserfolge mit China erzielt. Am 9. Oktober traf sich EU-Handelskommissar **Maroš Šefčovič** in Peking mit Handelsminister **Wang Wentao**.



EU-Handelskommissar Maroš Šefčovič, 9.10.2026 © dpa

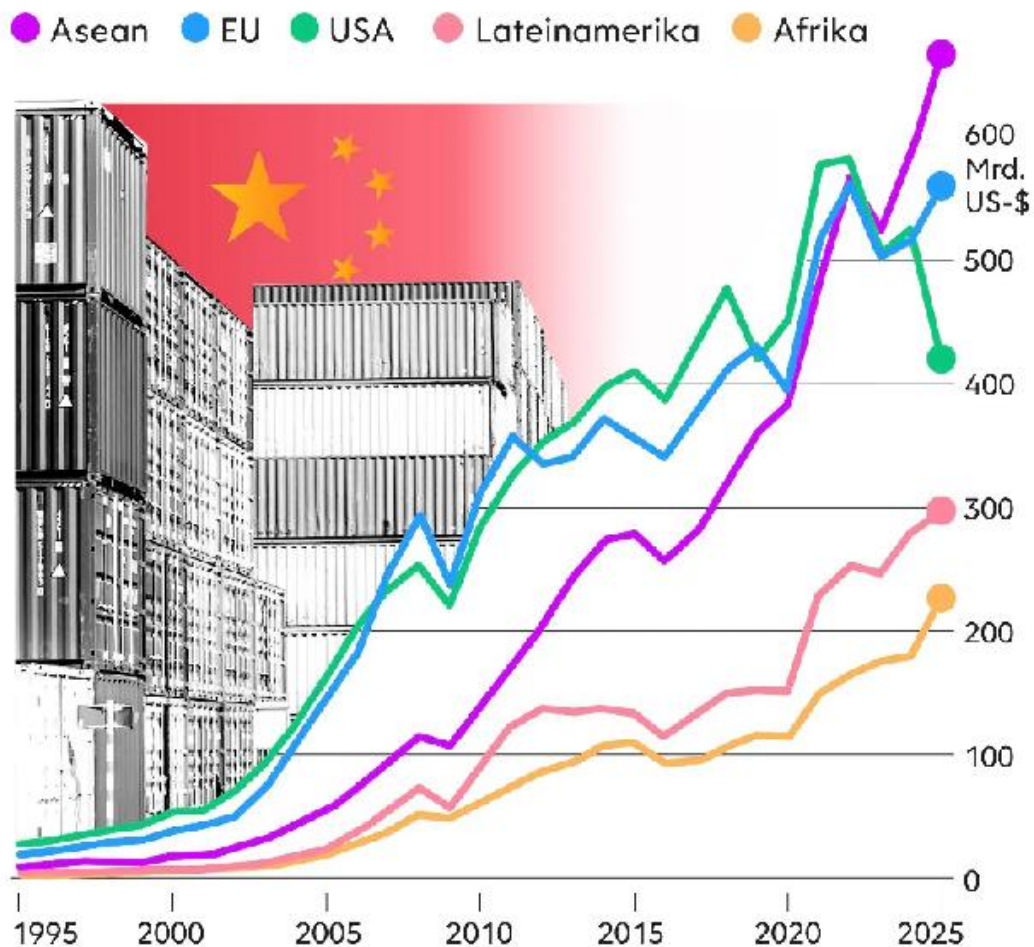
Zurück kam er mit einem Deal: Ab 1. Dezember 2026 soll die Zahl der importierten Hybride und Plug-in-Hybride aus China auf 350.000 Fahrzeuge pro Jahr begrenzt werden – mit bis zu sechs Prozent jährlichem Zuwachs. Die Laufzeit beträgt vier Jahre.

Bei erwarteten etwa 800.000 Hybridimporten aus China in diesem Jahr würde das die Menge mehr als halbieren. Bei den E-Autos sollen Mindestpreise statt Ausgleichszölle gelten.

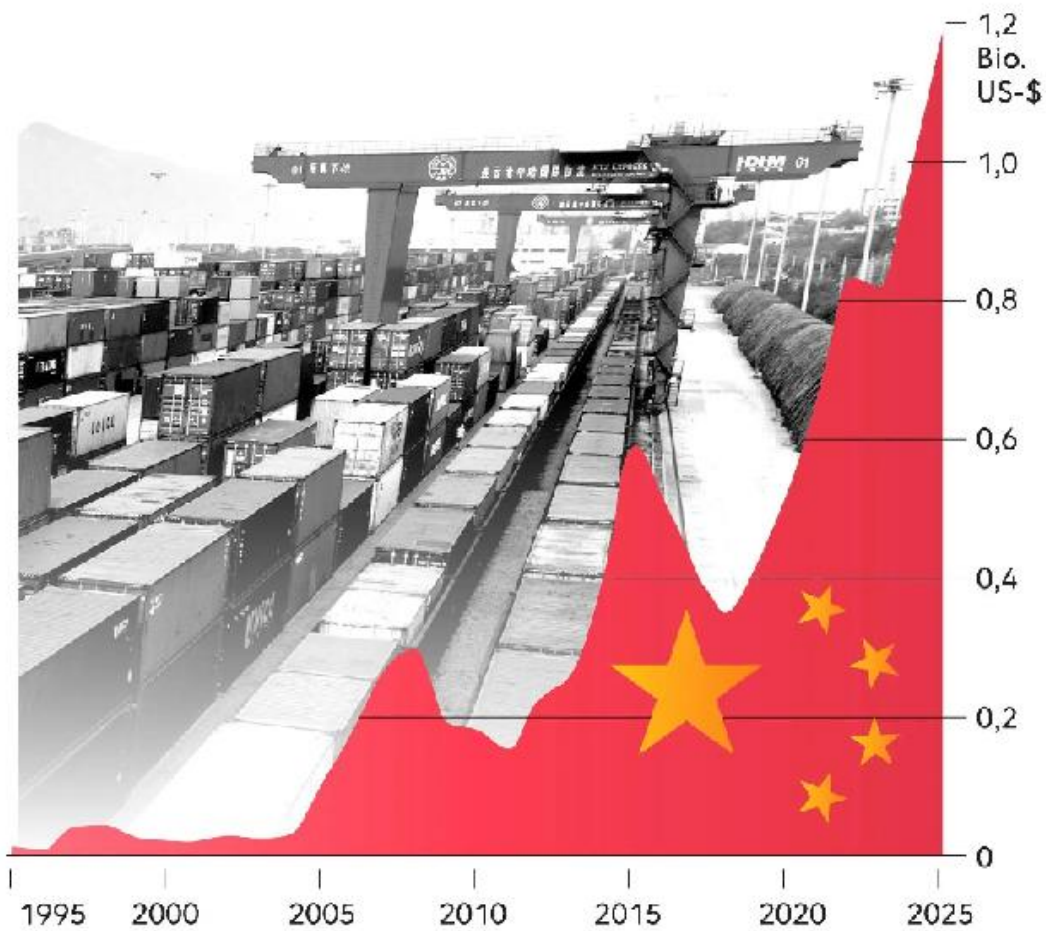
China will weiterhin Exportlizenzen für Seltene Erden und Permanentmagneten für die EU über einen „Green Channel“-Mechanismus erleichtern. Im Gegenzug erleichtert die EU vorrangige Dual-Use-Lizenzen für China.

China: Rekordüberschuss auch ohne USA

Chinas Exporte in Zielregionen, in Milliarden US-Dollar



Chinas Handelsbilanz, in Billionen US-Dollar



ThePioneer

Quelle: General Administration of Customs;
FT calculations

powered by
statista

Matthias Thiel, Leiter Multi Asset und Taktische Allokation bei der Kapitalanlagegesellschaft *Warburg Invest*, hält die Maßnahmen der EU für „sinnvoll“. Sie würden den Unternehmen und der Politik „Zeit verschaffen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern“.

Thiel:

“ In Europa hat man erkannt, dass eine robuste Vertretung der eigenen Handelsinteressen gegenüber China imperativ und unbedingt erforderlich ist.

Die Begrenzung der Exporte im Hybridbereich sei durchaus „ein politischer Gewinn für Europa“, so Thiel. „Aber das Kernproblem, dass wir uns in zahlreichen Sektoren chinesischen Exporten ausgesetzt sehen, die unsere industrielle Basis gefährden, ist weiterhin nicht gelöst.“

China produziere pro Jahr „ungefähr zweieinhalbmal so viele Solarzellen, wie auf der ganzen Welt installiert werden“, so Thiel.

Den Vorwurf des unfairen Wettbewerbs lässt er gelten: „Spätestens wenn Überkapazitäten über längere Zeit nicht abgebaut, sondern exportiert werden, liegt die Vermutung nahe, dass dort keine ausschließlich marktwirtschaftlichen Prozesse am Werk sind.“

Der Geldmanager hält auch die Kritik an der manipulierten Währung für „absolut nachvollziehbar“.

Gleichzeitig lobt Thiel, dass die EU über schärfere Maßnahmen nachdenkt, bestimmte Unternehmen etwa vom europäischen Markt im Extremfall ganz ausschließen zu können. „Wenn man im Konfliktfall erst mühsam einen Konsens herstellen muss, ist Europas Verhandlungsposition gegenüber China wesentlich schwächer, als wenn man Instrumente geschaffen hat, um mit einheitlicher Stimme aufzutreten.“

Thiel weiter: „Alle Handelsmaßnahmen, die wir sehen, sind eine Brücke, kein Parkplatz. Man kauft damit Zeit – und diese Zeit muss genutzt werden, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.“ **Nicht alle sehen die EU-Politik so positiv.** „Europa muss seine Wettbewerbsfähigkeit stärken und kritische Abhängigkeiten reduzieren“, sagt **Dirk Jandura**, Präsident des *Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA)*. „Doch Marktzugangsbeschränkungen und europäische Präferenzen sind dafür der falsche Weg.“

“ Europa darf Protektionismus nicht mit Protektionismus beantworten.

Gerade Deutschland habe dabei viel zu verlieren: „Importe und Exporte sind zwei Seiten derselben Medaille“, sagt Jandura. „Wer den Zugang zu wettbewerbsfähigen Vorprodukten verteuert oder beschränkt, schwächt auch unsere Exportwirtschaft, schwächt auch die europäische Exportwirtschaft.“

Jandura:

“ Nicht jede Importabhängigkeit ist ein Sicherheitsrisiko und nicht jeder verlorene Marktanteil das Ergebnis unfairen Wettbewerbs.

Die EU verfüge bereits über Instrumente, um gegen unfaire Handelspraktiken und wirtschaftlichen Zwang vorzugehen. „Bevor neue Eingriffsbefugnisse geschaffen werden, muss klar nachgewiesen werden, wo bestehende Instrumente nicht ausreichen.“

Fazit: Das stimmungswaltige Für und Wider in der Diskussion um Anti-China-Maßnahmen zeigt, wie schwierig der richtige Umgang mit Europas wichtigem Handelspartner ist. Die europäische Politik will den chinesischen Drachen bändigen, hat aber Angst vor dem Gegenfeuer.

Autoren



Christian Schlesiger
Ressortleiter Wirtschaft